

## Die 0.7%-Kampagne als feministisches Thema

Auf den ersten Blick ist es verwunderlich, dass sich der cfd als feministische Friedensorganisation an einer Kampagne beteiligt, die den Titel trägt «Gemeinsam gegen Armut». Bisher hat sich der cfd vor allem mit dem Empowerment von Frauen und seinem Engagement in der schweizerischen Friedenspolitik und Migrationspolitik einen Namen gemacht. Wer den Flyer zur Kampagne aber über den Titel hinaus liest, findet die Aspekte genannt, zu denen auch der cfd arbeitet: Armut ist nicht Schicksal, sondern Folge sozialer Ungerechtigkeiten, der systematischen Benachteiligung der Frauen und des rücksichtslosen Umgangs mit der Umwelt. Weiter heisst es: Die Hälfte der Menschheit muss mit weniger als drei Franken am Tag auskommen, 800 Millionen Menschen leiden an chronischem Hunger, der Graben zwischen Arm und Reich wird immer grösser, was zu Gewalt, Krieg und Konflikten führt. Das sind die cfd-Themen. Denn unser Verständnis von Frieden orientiert sich an der Vision eines guten Lebens für alle, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Religion. Auf Grund dieses weiten Friedensbegriffs setzen wir uns ein für die Gleichberechtigung und den gleichen Zugang zu allem, was diese Erde an Gütern und Möglichkeiten bietet. Wir thematisieren die Zusammenhänge zwischen Kriegs- und Alltagsgewalt und engagieren uns für die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen, Diskriminierungen und Ungerechtigkeit.

Aber Armut äussert sich nicht nur in Hunger und fehlendem Trinkwasser. Armut zeigt sich auch in der Benachteiligung von Mädchen und Frauen in der Schulbildung, in einem hohen Anteil weiblicher Analphabetinnen und nicht bezahlter Arbeitskraft im landwirtschaftlichen Sektor. Die Uno hat erstaunlicherweise den Anteil von Frauen, die in Parlamenten vertreten sind, als Indikator für die Gleichstellung der Frauen und damit der Armutsbekämpfung in ihren Millenniumszielen gesetzt. Deshalb ist es für Sie und uns ein Thema, wie viel ein wohlhabendes Land wie die Schweiz von seinem Reichtum abgibt, um diese Ungerechtigkeiten abzubauen. Die Schweizer Politik folgt seit einigen Jahren dem neoliberalen Credo, nach dem der Staat alles falsch und Private alles besser machen. So werden dem Staat laufend Mittel entzogen und er nimmt die nötige Umverteilung des Vermögens zu Gunsten der Benachteiligten nicht mehr im erforderlichen Ausmass wahr. Diese Politik bewirkt das Gegenteil von dem, was der cfd mit seinen Bemühungen für ein gutes Leben für alle anstrebt.

Daher macht eine breite Koalition von Hilfswerken, Frauen- und Umweltorganisationen und Gewerkschaften mit einer Petition Druck auf Bundesrat und Parlament: Auch die reiche Schweiz soll ihren Beitrag zu den von der Uno festgelegten Millenniumszielen leisten. Diese haben das Ziel, den Hunger auf der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Der Bundesrat hat versprochen, das Schweizer Entwicklungsbudget zu erhöhen, ist aber wortbrüchig geworden. Darum braucht es eine Kampagne, die verlangt, dass die Schweiz den Uno-Standard von 0.7% des Bruttoinlandproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit einhält.

Mit Ihrer Unterschrift unter diese Petition helfen Sie mit, den nötigen politischen Druck zu erzeugen. Ich danke Ihnen herzlich dafür.

Cécile Bühlmann, Geschäftsleiterin